

Europa handlungsfähig machen für einen zukunftsfähigen EU-Haushalt



Gemeinsamer Aufruf von: Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Bundesjugendring e.V., Deutscher Naturschutzring e.V., dbb beamtenbund und tarifunion, Deutscher Olympischer Sportbund e.V., Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Albert Schweizer Stiftung für unsere Mitwelt, Berliner Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Bundesvereinigung Nachhaltigkeit e.V., Citizens of Europe e. V., Europa-Union Deutschland e.V., German Watch e.V., Heinrich Böll Stiftung, Junge Föderalist:innen Deutschland e.V., Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V., PariJus gGmbH, Polyspektiv, Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Verband für Fach- und Führungskräfte, Zentralkomitee der deutschen Katholiken e.V., Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V. auf Initiative der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. – 14. Oktober 2026

Europa steht vor wachsenden gemeinsamen Aufgaben. Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, ökologische und digitale Transformation und gesellschaftlicher Zusammenhalt lassen sich immer weniger national allein sichern. Wir, die unterzeichnenden Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung Deutschland, rufen die Bundesregierung deshalb dazu auf, sich in den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 für einen **deutlich ambitionierteren und handlungsfähigeren EU-Haushalt** einzusetzen. Wer der EU neue Aufgaben überträgt, muss sie auch so ausstatten, dass sie diese erfüllen kann.

Gerade Deutschland profitiert in besonderem Maße von einem funktionierenden Binnenmarkt, gemeinsamen Investitionen, europäischer Infrastruktur und anderen europäischen öffentlichen Gütern. Dieser Nutzen lässt sich nicht daran messen, wie viele Mittel unmittelbar in den nationalen Haushalt zurückfließen. Eine Debatte, die den EU-Haushalt vor allem entlang von Nettozahler- und Nettoempfängerpositionen bewertet, verengt deshalb den Blick auf nationale Salden. **Entscheidend ist, welchen gemeinsamen Mehrwert europäische Investitionen für Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt in ganz Europa und damit auch in Deutschland schaffen.**

Der kommende MFR muss sich deshalb an diesem **europäischen Mehrwert** orientieren und Europas politische Prioritäten sichtbar abbilden: **Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Forschung, Klima-, Umwelt-, und**

Transformationspolitik, europäische Sicherheit und Verteidigung, soziale und territoriale Kohäsion, hochwertige Beschäftigung sowie die **Stärkung demokratischer Resilienz**. Diese Aufgaben dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zugleich muss der Haushalt flexibler auf neue Krisen reagieren können, und seine Programme müssen einfacher werden.

Dabei müssen europäische Mittel demokratisch legitimiert sein, sowie wirksam und wirtschaftlich eingesetzt werden. Dafür muss die Bundesregierung das Europäische Parlament, den Deutschen Bundestag, die Wirtschafts- und Sozialpartner sowie die kommunale Ebene eng in Verhandlungen auf allen Ebenen und Umsetzung einbinden. EU-Mittel müssen zudem konsequent an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit gebunden bleiben.

Zugleich braucht es eine **frühzeitige Einigung auf den neuen MFR**, bei der der Inhalt nicht dem Zeitplan geopfert wird. Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie weitere gesellschaftliche Akteure in ganz Europa brauchen Planungssicherheit, damit ab Januar 2028 keine Förderlücke entsteht. Die neuen nationalen und regionalen Partnerschaftspläne dürfen nicht zu neuer Fragmentierung im Binnenmarkt führen. Regionen, Kommunen und Sozialpartner müssen nach dem Partnerschaftsprinzip verbindlich an ihrer Aufstellung und Umsetzung beteiligt werden.

Wir appellieren an die Bundesregierung, in den anstehenden Verhandlungen Verantwortung für ein handlungsfähiges Europa zu übernehmen und sich für einen MFR einzusetzen, der Europas gemeinsamen Aufgaben gerecht wird.

Unterzeichnende Organisationen im Netzwerk der Europäischen Bewegung Deutschland e.V.:

- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.,
- Deutscher Gewerkschaftsbund,
- Deutscher Bundesjugendring e.V.,
- Deutscher Naturschutzring e.V.,
- dbb beamtenbund und tarifunion,
- Deutscher Olympischer Sportbund e.V.,
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.,
- Albert Schweizer Stiftung für unsere Mitwelt,
- Berliner Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit,
- Bundesvereinigung Nachhaltigkeit e.V.,
- Citizens of Europe e. V.,
- Europa-Union Deutschland e.V.,
- German Watch e.V.,
- Heinrich Böll Stiftung,
- Junge Föderalist:innen Deutschland e.V.,
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V.,
- PariJus gGmbH,
- Polyspektiv,
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
- Verband für Fach- und Führungskräfte,
- Zentralkomitee der deutschen Katholiken e.V.,
- Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V.